



NIEDERSCHRIFT

4. Gemeinsame Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Soziales und Kultur der Stadt Weiterstadt

10. Legislaturperiode 2016/2021

am	20. Februar 2017
im	Rathaus, Riedbahnstraße 6, Sitzungsraum Verneuil sur Seine
Beginn	19:00 Uhr
Ende	20:00 Uhr

Anwesende:

SPD-Fraktion

Dittrich, Manfred
Enzmann, Andreas
Gürkan, Benjamin
Harnischfeger, Lukas
Keil, Kathrin
Ludwig, Alexander
Naas, Stefanie
Sausner, Barbara

CDU-Fraktion

Dürr, Ina
Köhler, Lutz
Mager, Marcus
Snitil, Melinda

ALW-Fraktion

Amend, Heinz Günther
Geertz, Matthias
Petri, Heinz-Ludwig
Pohl, Barbara Dr.

FWW-Fraktion

Moczygemba, Eugen
Weldert, Kurt

Magistrat

Berger, Manfred
Fischer, Willi
Geter, Stephan
Hamm, Udo Dr.

Hasenauer, Josef

Mager, Philipp
Merlau, Günter
Möller, Ralf

Pohl, Edgar
Reitz-Gottschall, Angelika
Spätling-Slomka, Dorothea
Thalheimer, Werner

Ausländerbeirat

Didonna Schnellbacher, Maria
Pennisi-Maniaci, Rosa

Seniorenbeirat

Keil, Margot

Beirat zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen

Bogorinski, Erik

Schriftführung

Lachnit, Petra

Verwaltung

Sauder, Beate
Stark, Rüdiger
Wigand, Klaus

Presse

Wochenkurier: Iftode, Georgeta
Darmstädter Echo: Wickel, Marc Dr.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Soziales und Kultur, Herr Enzmann, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladungen fristgerecht und ordnungsgemäß ergangen sind (§§ 56 und 58 HGO), die Sitzung öffentlich bekannt gemacht wurde (§ 58 HGO) und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Folgende Tagesordnung wird festgestellt:

	Drucksache
1. Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Soziales und Kultur vom 10. November 2016	
2. Sozialer Wohnungsbau	10/0069/3
3. Gründung einer Wohnbaugesellschaft im Landkreis Darmstadt-Dieburg	10/0194/1

Tagesordnungspunkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und des Ausschusses für Soziales und Kultur vom 10. November 2016

Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung vom 10. November 2016 werden nicht erhoben. Sie ist somit rechtskräftig.

Tagesordnungspunkt 2

Sozialer Wohnungsbau

Drucksache: 10/0069/3

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 2. Februar 2017 die Drucksache zur weiteren Beratung an den Ausschuss überwiesen.

Die ALW-Fraktion stellt folgenden Änderungsantrag:

1. Die Mittel aus der Fehlbelegung der nächsten drei Jahre sind im Sinne des § 9 HWoFG Abs. 1 Nr. 1 bis 7 zu verwenden.
2. Um im Baugebiet Apfelbaumgarten II bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, ist nach Maßgabe eines städtebaulichen Konzepts, Kontakt mit Investoren aufzunehmen mit dem Ziel Projekte zu realisieren. Denkbar sind neben Projekten von Investoren auch städtische Projekte und Projekte in Kooperation mit Investoren.

Abstimmungsergebnis:

Zu Ziffer 1:

4 Ja-Stimmen	(4 ALW)
10 Nein-Stimmen	(2 FWW, 8 SPD)
4 Enthaltungen	(4 CDU)

Zu Ziffer 2:

4 Ja-Stimmen	(4 ALW)
10 Nein-Stimmen	(2 FWW, 8 SPD)
4 Enthaltungen	(4 CDU)

Der Änderungsantrag ist somit abgelehnt.

Die CDU-Fraktion beantragt über die Ziffern 1 bis 3 der Drucksache getrennt abzustimmen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Der Haupt- und Finanzausschuss und der Ausschuss für Soziales und Kultur empfehlen der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

1. Die Mittel aus der Fehlbelegung der nächsten drei Jahre sind für die Modernisierung, energetische Sanierung und barrierefreien Umbau von städtischen Wohnungen zu verwenden. Diese sind für 20 Jahre nach Beendigung der Umbaumaßnahme zu binden.

Abstimmungsergebnis:

14 Ja-Stimmen	(4 CDU, 2 FWW, 8 SPD)
4 Nein-Stimmen	(4 ALW)

- Um im Baugebiet Apfelbaumgarten II bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, ist nach Maßgabe eines städtebaulichen Konzepts, Kontakt mit geeigneten Investoren aufzunehmen mit dem Ziel Projekte ohne finanzielle städtische Beteiligung zu realisieren.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen (2 FWW, 8 SPD)
8 Nein-Stimmen (4 CDU, 4 ALW)

- Eine Leerstandsanalyse vorhandener Bebauung soll mit dem Ziel des Aufzeigens und der Schaffung zusätzlicher Kapazitäten für bezahlbaren Wohnraum vorangetrieben werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Gründung einer Wohnbaugesellschaft im Landkreis Darmstadt-Dieburg

Drucksache: 10/0194/1

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 2. Februar 2017 die Drucksache zur weiteren Beratung an den Ausschuss überwiesen.

Die geladenen Vertreter des Landkreises Darmstadt-Dieburg haben den Termin kurzfristig abgesagt.

Alexander Ludwig stellt den Antrag die Drucksache im Ausschuss zu belassen und nochmals Vertreter des Landkreises zu einem neuen Termin zu laden.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen (2 ALW, 7 SPD)
8 Nein-Stimmen (4 CDU, 2 ALW, 2 FWW)
1 Enthaltung (1 SPD)

Der Antrag verbleibt im Ausschuss.

Andreas Enzmann
Vorsitzender des Ausschusses
für Soziales und Kultur

Kurt Weldert
Vorsitzender des Haupt-
und Finanzausschusses

Petra Lachnit
Schriftführung